

federführendes Amt:	Büro Kreistag
Antragssteller:	Fraktion DIE LINKE
Datum:	10.02.2022

Beratungsfolge**Termin****Bemerkungen**

Kreistag	09.02.2022	zurückverwiesen (2/DIE LINKE/2022)
Ausschuss für Bauen, Ordnung und Umwelt	09.03.2022	
Kreisausschuss	16.03.2022	
Kreistag	06.04.2022	

Betreff:**Erklärung des Kreistages zur Ortsumfahrung Erkner/Neu Zittau****Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag möge die folgende Erklärung zur Ortsumfahrung Erkner / Neu Zittau beschließen:

Der Kreistag Oder-Spree hat mehrfach von den für Bundes- und Landesstraßen zuständigen Institutionen eine Lösung zur Entschärfung der seit geraumer Zeit unzumutbaren Verkehrssituation im Bereich Erkner und Neu Zittau gefordert. Die voraussichtlich bevorstehende Inbetriebnahme der Tesla „Gigafactory“ in Freienbrink wird diese Situation weiter verschärfen.

Der Landkreis Oder-Spree hat die in seinen Möglichkeiten liegenden Maßnahmen eingeleitet, um dieser Verschärfung entgegen zu wirken und drückt seine Empörung darüber aus, dass der Landtag des Landes Brandenburg bei der Feststellung belassen will, für eine Ortsumfahrung gäbe es keine Lösung.

Wenn es für eine im Osten Deutschlands einmalige Investition insgesamt sehr kurzfristige Lösungen gibt, dann muss es auch Lösungen für die davon betroffenen Menschen geben.

Der Landrat wird beauftragt, diesen Protest der Landeregierung, dem Landtag und dem Bundesverkehrsministerium zu übermitteln.

Begründung:

Der Landtag des Landes Brandenburg hat das Problem am 19.01.2022 erörtert. In der Debatte war von der Mehrheit weder ein sachlicher Ansatz für die Lösung des Problems noch die Bereitschaft zu erkennen, nach einer solchen Lösung zu suchen.

Vielmehr wurde nicht inhaltlich, sondern formal mit einer angeblich fehlenden Einbeziehung der kommunalen Ebene argumentiert. Wenn es dabei bleibt, werden die Proteste gegen dieses Agieren weiter zunehmen. Die kommunale Ebene darf nicht zum Prellbock für die Verweigerung von Lösungen durch Bund und Land werden. Die mit der Industriean siedlung von den Ausmaßen der „Gigafactory“ verbundenen Probleme können von den Kommunen nicht gelöst und dürfen ihnen deshalb auch nicht überlassen werden.

gez.

.....
Dr. Artur Pech
Vorsitzender Fraktion DIE LINKE

Anlage:
Antrag der Fraktion DIE LINKE